



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 90 - Plenarwoche 8. - 12. Februar 2010

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP



I. Allgemeine Informationen:

1. Abstimmung über die neue Kommission

Um drei Monate verzögert kann die neue Europäische Kommission ihr Amt antreten. Die Abgeordneten des EP haben das neue Kollegium der 26 Kommissare für die nächsten fünf Jahre ins Amt berufen. Das Votum hatte sich aufgrund des Inkrafttretens des neuen EU-Vertrages von Lissabon sowie durch den Rücktritt der Kandidatin aus Bulgarien verzögert.

Als Mitglied des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des EPs, freue ich mich insbesondere auf die Zusammenarbeit mit Michel Barnier, Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen und mit Antonio Tajani, Kommissar für Industrie und Unternehmen, dessen Kompetenz ich bereits in der Anhörung prüfen konnte. Darüber hinaus wird sicherlich ein reger Austausch mit unserem deutschen Kommissar Günther Oettinger (Energie) stattfinden. Ich kenne ihn seit Jahren und schätze seine Arbeit.

Als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sehe ich ebenfalls der Zusammenarbeit mit Dacian Cioloş, dem neuen Kommissar für dieses Ressort, mit Spannung entgegen.

2. Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen Kommission und Europäischem Parlament (EP)

Wir Abgeordnete des EPs freuen uns auf eine neu geregelte Zusammenarbeit der beiden Institutionen. EP und Kommission überarbeiten momentan - wie alle fünf Jahre - die sogenannte Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen Kommission und EP. In dieser Vereinbarung sind u.a. die politischen Pflichten, die jede Institution gegenüber der anderen hat, und Regeln zum Informationsaustausch festgeschrieben. So hat das EP erreicht, dass die Kommission garantiert, den Grundsatz der Gleichberechtigung von EP und Rat anzuwenden - insbesondere beim Zugang zu Sitzungen und der umfassenden Dokumentation über ihre Treffen mit nationalen Experten. Weitere wichtige Punkte: 1. Die Kommission garantiert den Grundsatz der Rechenschaftspflicht der Kommission. 2. Die Kommission wird das EP bei den Verhandlungen über den neuen Europäischen Auswärtigen Dienst unterstützen, um die volle Rechenschaftspflicht dieses Dienstes zu gewährleisten. Dies schließt ein transparentes Verfahren für die Ernennung von Sonderbeauftragten und Botschaftern ein. 3. Darüber hinaus wird es in den Plenarsitzungen eine Fragestunde mit Kommissionsmitgliedern geben. 4. Sollte das Parlament den Kommissionspräsidenten auffordern, einem Kommissar das Vertrauen zu entziehen, so muss Barroso dieses Kommissionsmitglied nach sorgfältiger Prüfung entweder zum Rücktritt auffordern oder in der nächsten Plenartagung vor dem EP erklären, warum er dies ablehnt. 5. Des Weiteren hat sich die Kommission verpflichtet, binnen drei Monaten, nachdem das EP einen legislativen Initiativbericht beschlossen hat, über die konkrete Weiterbehandlung zu berichten. Spätestens nach einem Jahr muss die Kommission einen

Gesetzesvorschlag vorlegen. Wenn sie dies nicht tut, so muss sie gegenüber dem EP ihre Gründe dafür im Einzelnen erläutern. 6. Die Kommission hat sich verpflichtet, das EP stärker in internationale Verhandlungen einzubeziehen. Künftig werden die Abgeordneten in allen Phasen der Verhandlungen unverzüglich und umfassend informiert. Ebenso soll dem Vorsitz der jeweiligen Delegation des EPs bei allen wichtigen Sitzungen ein Beobachterstatus eingeräumt werden. Die zweite Phase der Verhandlungen über eine neue Rahmenvereinbarung beginnt nach dem Amtsantritt der Kommission und sollte bis Mai-Juni 2010 abgeschlossen sein.

II. Das EP hat u.a. folgendes beschlossen:

3. EU-Beitrittskandidaten: Abgeordnete mahnen zu weiteren Reformen

Die Beitrittskandidaten der EU werden jährlich durch die Kommission und den Auswärtigen Ausschuss des Parlaments im Hinblick auf die Erfüllung der Beitrittskriterien überprüft. Der Türkei konnten für 2009 nur geringe Fortschritte bescheinigt werden, kritisiert wurden insbesondere Reformdefizite. Kroatiens Anstrengungen in Richtung Beitritt wurden positiv bewertet. Mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien wurde die baldige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen angeregt.

4. Kampf gegen Menschenhandel

Im Plenum wurden Entschließungsanträge zum Thema Menschenhandel abgestimmt. Hier bezieht die EVP eine klare Position und will mit aller Entschlossenheit und der notwendigen Härte gegen den Menschenhandel vorgehen. Ich bin für mehr und besseren Opferschutz und schärfere Maßnahmen gegen Menschenhändler, um ihnen das Handwerk zu legen.

5. SWIFT-Abkommen

Die Abgeordneten des EP verweigerten dem Interimsabkommen zur Übertragung von EU-Bankdaten an die USA über den Finanzdienstleister SWIFT ihre Zustimmung - aufgrund von Bedenken hinsichtlich Datenschutz, Verhältnismäßigkeit und Gegenseitigkeit. Die Ablehnung erklärt den von EU-Ministerrat und USA unterzeichneten Text für ungültig. Das EP schlägt vor, ein neues Abkommen auszuhandeln. Ministerrat und Kommission müssen nun zusammen mit dem EP ein klares Mandat für die Verhandlungen formulieren, das den europäischen Standards gerecht wird. Lissabon-Vertrag und die EU-Charta der Grundrechte müssen berücksichtigt werden. In das langfristige Abkommen sollte ein Auskunftsrecht für Bankkunden und eine gerichtliche Überprüfbarkeit der Datenverarbeitung aufgenommen werden. Darüber hinaus ist eine präzise Definition des Begriffs "Terrorismus" unerlässlich. Eine Datenweitergabe, die nur auf einem vagen Verdacht beruht, darf es nicht geben.

III. Weitere Themen waren u.a.:

- Lage in Haiti, Iran und Jemen
- Ergebnisse des Kopenhagener Klimagipfels
- EFRE: Wohnungsbauvorhaben für marginalisierte Bevölkerungsgruppen
- Gleichstellung von Frauen und Männern
- Ganzkörperscanner
- Gemeinschaftsprogramm für Beschäftigung und soziale Solidarität "PROGRESS"
- Internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen
- Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://eur-lex.europa.eu/>

Europabüro, Oldenburger Str. 97, 49377 Vechta, Tel.: 044 41/90 99 09, Fax: 044 41/90 99 10, E-Mail: info@europa-mayer.de
Europäisches Parlament, Büro ASP 15 E 154, Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-284-7994, Fax: 0032-2-284-99 94
E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu und Internet: www.europa-mayer.de